



Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerschweizerischen Bezugsgebiet monatlich 1.50 RM. Einzelnummern 10 Pfg. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberamtsverwaltung Neuenburg Zwickelstr. 11. — Postkonto: Enztalbote Wildbad & Co., Romm. Hof, Wildbad. — Postkontonummer 21174. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile für oberer Raum im Beirz 5 Pfennig, für unterer Raum 3 Pfennig. — Anzeigenpreis für den unteren Raum 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. — Anzeigenpreis für den oberen Raum 10 Pfg. mehr berechnet. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 151. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 237.

„Wir wollen am Rhein bleiben“

Briand hat einen Urlaub nach Nizza genommen, aus dem er jetzt überraschend zurückgekehrt. Die Zeit seiner Abwesenheit benützte die französische Presse eifrig, um die Frage der Rheinlandräumung zu erörtern. Sie rückt ja in greifbare Nähe. Am 31. Januar soll die seitherige „Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission“ „bedingungslos“ verschwinden. Die natürliche und auch — wohlverstanden — vertragmäßige Folge wäre die sofortige Räumung der Rheinlande. Denn also steht geschrieben im Artikel 431 des Versailler Vertrags. Derselbe jagt mit aller Deutlichkeit, daß nach der Aufhebung der Militärkontrolle Deutschland ohne weiteres, weil es dann alle Verpflichtungen erfüllt hat, die Räumung der besetzten Gebiete verlangen kann.

Das ist auch die Auffassung in einem Teil der englischen Presse. Das spricht aber auch das radikalsozialistische Blatt „Volonté“ aus: Die Rheinlandbesetzung sei nur eine Bürgschaft für die Durchführung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags und sie müsse verschwinden, sobald Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Es sei aber auch durchaus unzulässig, daß das französische Sicherheitssystem von einer Besetzung abhängt, die allerhöchstens noch neun Jahre dauern könne. Sonst würde ja nachher das französische Verteidigungssystem einer seiner wichtigsten Stützen beraubt sein. Ueberhaupt sei ein deutscher Angriff auf Frankreich unmöglich. Ja, die Rheinlandbesetzung fordere geradezu den Krieg heraus und bringe für Frankreich Gefahr. Also: mit den „strategischen“ Gründen“ die angeblich der Generalstab für die Beibehaltung der Besetzung geltend mache, sei es nichts!

Anders das „Echo de Paris“. Dieses wehrt sich wütend gegen die Räumung und erteilt zu diesem Zweck Millerand, dem früheren Präsidenten der Republik, und François Marsal, dem früheren Ministerpräsidenten, das Wort. Millerand meint, Frankreich habe nun einmal seinerzeit „den Schiffern versprochen“, daß die französischen Truppen fünfzehn Jahre lang am Rhein verbleiben würden. Auch habe Deutschland noch nicht den Beweis für seine „moralische Abrüstung“ (aber vielleicht Frankreich?) gegeben. Nach Marsal genügt es nicht, daß man diese oder jene Zone entmilitarisiere. „Man muß sie auch überwachen können.“ Freilich wüßte Frankreich seinem Nachbarn Frieden und glaube auch an dessen guten Willen und dessen gute Absichten. „Aber öffnen wir nicht unser Fenster, lassen wir die Türen verschlossen; wir wollen uns im Vertrauen mit unserem Nachbarn unterhalten, aber am Rhein bleiben.“

Also auf dieser Seite keinerlei Aneignung für eine Rheinlandräumung. Im Gegenteil! Es wird — besonders auch von Millerand — so dargestellt, als ob diese Frage mit Locarno und Thoiry gar nichts zu tun hätte, daß dort auch in keinerlei Weise darüber verhandelt worden sei und daß Briand in dieser Hinsicht keine Verpflichtungen eingegangen habe. Dr. Poincaré will sogar einer außenpolitischen Kammerausprache über diese Frage sich mit aller Macht widersetzen. Sie würde zu einer Regierungskrise und damit auch zu einem erneuten Frankenschmerz führen, Folgen, die kein vaterländischer Staatsmann verantworten könne.

So sieht es mit dieser Sache in Frankreich aus. Und Deutschland? Kann Deutschland dennoch auf die baldige Erfüllung seines sehnsüchtigen Wunsches hoffen? Und wenn Frankreich ihn gewähren sollte, muß Deutschland nicht irgend ein Opfer dafür bringen, etwa eine ständige Kontrolle (éléments stables) der entmilitarisierten Zone eingehen? Briand hat sich bis jetzt ganz auf den Standpunkt Poincarés gestellt, daß Frankreich, wenn die zweite und dritte Zone geräumt werden, noch einmal eine neue Sicherheit, und zwar nicht nur für den Westen, sondern auch für den Osten haben müsse.

Die Investigationsverhandlungen auf der 43. Ratstagung in Genf haben ein solches Hintertürchen eingebaut. Zwar wurde die Forderung des Investigationsprotokolls von 1924 nach „éléments stables“ auf den dringenden Antrag Deutschlands fallen gelassen, jedoch der Zusatz angenommen, daß Deutschland und Frankreich eine militärische Kontrolle zur Verhütung eines Angriffs auf die entmilitarisierte Zone „vereinbaren“ können. Das ist eine fatale Falle, in der man uns bei den bevorstehenden Märzverhandlungen fangen kann. Demgegenüber muß eine deutsche Regierung an einer bedingungslosen Rheinlandräumung festhalten. Sie ist nicht etwa eine Gnade, für die wir moralischerweise — einer vertragsmäßigen Pflicht ganz zu schweigen — einen Gegenleistung schuldig wären. Nein, sie ist unser gutes Recht. Nur muß hinter dieser Forderung das ganze Deutschland geschlossen stehen.

Der Heeresersatz

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bespricht General der Infanterie Reinhardt, Oberbefehlshaber des Gruppentammandes 2 in Kassel, vorher Wehrkreiskommandeur in Stuttgart, im Anschluß an die bekannten Vorgänge im Reichstag die Frage des Heeresersatzes für die

Tagesspiegel

Der deutsche General Pawelz und Geheimrat Forster sind zu Verhandlungen mit dem Militär Ausschuss und dem Volkskammerat über die „Restpunkte“ der Entlohnung in Paris eingetroffen.

In einer Rede in Warschau erklärte der polnische Außenminister Jaleski, Polen werde keinen Fußbreit nach dem Weltkrieg gewonnenen Bodens mehr herausgeben, sondern das Land mit Gut und Blut verteidigen. Es sei sinnlos, von einem Austausch Litauens und Memels gegen den ost- und westpreussischen Korridor an Polen zu reden.

Jaleski behauptete, nicht Polen, sondern Deutschland begehe fortwährend Grenzverletzungen und gefährde den Frieden. — Das hat der Pole gut von Poincaré gelernt.

Der polnische Diktator Pilsudski will sich nach einer Warschauer Meldung vom politischen Leben zurückziehen, da er das Seine getan und die politischen Leidenschaft und Gegenstände befristet habe. Allenfalls werde er für sich die Stelle des Generalinspektors des Heeres vorbehalten.

Der schweizerische Bundesrat hat eine strengere Ueberwachung der politischen italienischen Flüchtlinge angeordnet.

Dem ungarischen Reichsverweser Horthy ist ein von 300 000 Personen unterschriebenes Gnadengesuch für die Frankenschänder übergeben worden.

Präsident Calles von Mexiko hat erklärt, er werde den Streikfall mit den Vereinigten Staaten vor den Haager Schiedsgerichtshof bringen. — Das wäre eine interessante Probe, ob es den Großmächten im Ernstfall mit dem internationalen Schiedsgerichtshof ernst ist.

Reichswehr. Er führt dabei u. a. aus: Die Truppe darf beim Anwerben ihres Erlases keinem anderen Bestreben folgen als dem, die berufstätigsten Freiwilligen zu finden und zu gewinnen. Der Berufssoldat muß in körperlicher Beziehung hohen Anforderungen entsprechen, seine geistigen Fähigkeiten müssen mindestens gut durchschnittlich sein, seine Charakteranlagen müssen Kameradschaftlichkeit, Tapferkeit und Kampfesfreudigkeit erwarten lassen. Je mehr bodenständig und landsmannschaftlich die Werbung vor sich geht, desto härter wird die Gewähr für gute Wahl. Unsaftliche Gesichtspunkte, wie Rücksichten auf die Parteizugehörigkeit können der richtigen Auswahl nur schaden, wobei freilich ein gewisses Maß von Aufmerksamkeit auch der politischen Umwelt des Einzelsoldaten gewidmet werden muß, da zu ausgesprochener Staatsfeindschaft fanatisierte Menschen auch in ihrer sachlichen Berufstüchtigkeit zweifelhaft sind und in eine Staatseinrichtung nicht eingegliedert werden dürfen. Die in den Händen der unteren Truppensführung liegende Werbung hat diesen Gesichtspunkten bisher entsprochen und sachlich gute Früchte getragen. Gute, langdienende Soldaten zu gewinnen, wird auf die Dauer nur gelingen, wenn die Reichswehr in Weiterbildung ihres bisherigen Werbeverfahrens eine gewisse Bodständigkeit des Erlases erreicht und sich auf eine Ueberlieferung in den wehrfreundlichen Schichten unseres Volkes stützen kann. Diese Schichten können im Sinne der Reichswehr selbst nicht breit genug verstanden werden. Nur eines ist mit dem Soldatenamt ganz unvereinbar, der feste Glaube an „Nie wieder Krieg“. Wer bei diesem Glauben den Soldatenberuf ergreift und ausübt, ist ein gemeiner Schwindler, der entweder seinen Glauben oder seinen Berufsstand verrät. Hier liegt aber der Angelpunkt des Mißverhältnisses zwischen Wehrmacht und Linksparteien. Eben diese Parole „Nie wieder Krieg“ wird von linksgerichteten Kreisen fleißig gepflegt. Wir sind himmelweit entfernt von der Einbildung, daß tatsächlich der Großteil etwa der deutschen Arbeiterschaft einen Krieg um ihre Rechte, ihre Freiheit, ihr Brot, ihr Land, der ihnen aufgezwungen würde, ablehnen möchte. Wir wissen ebenso, daß ein Abwehrkrieg zur Verteidigung deutschen Volkstums den besten Teil der deutschen Demokratie auf der Seite der Waffenstreiter für Recht und Freiheit fände. Aber in allen leitenden Zeitungen dieser Richtung sind dem heeresfeindlichen Pazifismus alle Spalten geöffnet; jede Pflege der Wehrhaftigkeit wird verdächtigt und nur sehr vereinzelt und schwüchlein wird gelegentlich Recht und Pflicht zur Landesverteidigung vertreten. Die Masse der Müden in unserem Volk ist so groß, ihr Gefühl ein weiches „Nie wieder Krieg“, das auf deutsch heißt „Friede um jeden Preis“ besser und ihrem Stimmzettel muß Rechnung getragen werden. Das scheint politisch ertragreicher als ein Bekenntnis zur nationalen Wehrhaftigkeit. Unter solchen Umständen hält es schwer, wehrbegeisterte Männer in ausgesprochenen Linkstreifen zu finden. Für solche Männer muß selbstverständlich die Reichswehr unzugänglich sein, ebenso wie sie verschlossen bleiben muß für jenseitige Staatsverweiner von rechts und links. Ganz aussichtslos ist es, den Wehrwillen im deutschen Volk zu unterdrücken.

Neue Nachrichten.

Zur Regierungskrise

Berlin, 10. Jan. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute vormittag den Reichstagspräsidenten Prebe (Soz.) und darauf Abg. Bredt (Wirtschaftsp.) und Prälat Leicht (Bayer. Volksp.). Nachmittags wurden die Abg. v. Guerard (Zentr.), Graf Westarp (DN.), Müller (Soz.) und andere empfangen.

Die Blätter vermuten, der Reichspräsident werde brauchgemäß dem Abg. Müller (Soz.) die Kabinettsbildung antragen, der bestimmt ablehnen werde; sodann werde Graf Westarp beauftragt, der sich Bedenkzeit ausbitten und dann den Formversuch machen werde, worauf der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius (D. Volksp.) mit der Aufgabe betraut werde. Scheiterte auch dieser Versuch, so werde auf das Zentrum zurückgegriffen werden müssen, d. h. auf ein Kabinett, das auf die Neutralität bzw. stille Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen ist.

Die Sozialdemokratie wird für eine etwaige Unterstützung einer neuen Regierung der Mitte noch schärfere Bedingungen stellen, als vor einem Jahr, namentlich bezüglich des Heeresersatzes und der Personen Gehälter und Curtius.

Die Antwort der Reichsregierung auf die Reichstagsentscheidungen

Berlin, 10. Jan. Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Beantwortung der verschiedenen Entschlüsse des Reichstags gegeben. Daran geht u. a. hervor, daß über den Beamtennachwuchs der oberen und höheren Reichsbehörden mit den Ländern Verhandlungen geführt werden. Das Beslaggen der vom Reich zur Verfügung gestellten Dienstwohnungen darf nur mit schwarzrot-gelben Fahnen geschehen. Die Verhandlungen wegen neuer Einbringung eines Geschenkgesetzes über die Feler- und Gedenktage schweben noch. Dem Reichstag wird ebenfalls eine Denkschrift über die Gesundheitsverhältnisse im deutschen Volk zugeleitet werden. Ein Geschenkgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose ist fertiggestellt, eine Denkschrift über die Gefahren des Geburtenrückgangs wird dem Reichstag nächstens zugehen. Die Frage der Carl-Luis- und Sommerzeit soll nicht mehr aufgerollt werden. Ein Bienenfuchengesetz ist in Vorbereitung. Das Reichsschulgesetz ist fertiggestellt, aber vom Kabinett noch nicht verabschiedet. Warenverordnungen der Beamten sind in behördlichen Räumen nicht mehr zulässig. Der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes wird dem Reichstag in Kürze zugehen. Das Schankstättengesetz wird nach Prüfung der vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Änderungen dem Reichstag vorgelegt.

Splionageprozeß

Leipzig, 10. Jan. Das Reichsgericht verurteilte den Ratsboten Japp aus Biebrich am Rhein wegen Verrats militärischer Angelegenheiten an die Franzosen und Bestechung von Reichswehrsoldaten zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und dauernder Stellung unter Polizeiaufsicht. Die früheren Reichswehrsoldaten Beisiegel und Barth wurden zu 9 Monaten bzw. 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine englische Stimme zur deutschen Regierungskrise

London, 10. Jan. „Daily Telegraph“ schreibt, die Regierungskrise in Deutschland wäre wahrscheinlich längst gelöst, wenn Stresemann sich hätte entschließen können, die Kanzlerschaft zu übernehmen, wie es ihm von dem Präsidenten Hindenburg nahegelegt worden sei. Es komme hinzu, daß Stresemann sich keinesfalls in seiner Führung der auswärtigen Politik gehemmt zu sehen wünsche durch die Persönlichkeit des neuen Kanzlers. Er würde daher einen Kanzler vorziehen, der sich nicht zu viel in der auswärtigen Politik zur Geltung bringe und namentlich der Reigung Stresemanns zu einer klaren und beweglichen Diplomatie keine Fägel anlege. Tatsächlich hoffe Stresemann aus diesen Gründen, daß Marx Kanzler bleibe oder daß, falls dies mißlinge, einer der Adjutanten Stresemanns das Amt erhalte. Der „Daily Telegraph“ meint dann weiter, man könne bis zu einem gewissen Grad die Beziehungen zwischen Dr. Luther und Stresemann mit denen zwischen Poincaré und Briand vergleichen. Luther habe häufig über die Wege, die Stresemann bei seiner Politik einschlug, und namentlich über das Zeitmaß seiner Verhandlungen Unbehagen empfunden und dies zuweilen auch kräftig zum Ausdruck gebracht. Stresemann habe im allgemeinen mehr die nahe, Luther dagegen die fernere Zukunft im Auge gehabt und es sei möglich, daß in der Räumungsfrage ihre Ansichten ebenso weit auseinandergingen wie die von Briand und Stresemann. Jedenfalls gedenke aber Stresemann die internationalen Geschäfte Deutschlands in den nächsten Jahren weiter zu beherrschen. — (Bei diesen Betrachtungen ist nicht zu übersehen, daß der „Daily Telegraph“ nicht zu den Freunden der Politik von Locarno gehört.)





